

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wochenliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Allgemeines Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpallene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpallene Zeile 20 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbegebühren unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegeben Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Zeilenzahlungsgebühr: 10.— M. das Laufend, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 84

Dienstag, den 22. Juli 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 24. Juli, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.
Kemberg, den 18. Juli 1930.

Der Magistrat.

Verordnung über die Regelung der gesetzlichen Miete.

Vom 30. Mai 1930.

Auf Grund des § 22 des Reichsmietengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1928 — RGM. I S. 38 — sowie der §§ 2 und 8 des Gesetzes über den Geldwertminderungsausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1926 — RGM. I S. 251 — wird für alle Gemeinden, für die keine andere Regelung getroffen wird, mit Wirkung vom 1. Juni 1930 folgendes angeordnet:

1. Der Vermieter ist berechtigt, den Zuschlag, der zur staatlichen Grundvermögenssteuer zugunsten des Staates erhoben wird, in Höhe von 100 Prozent der staatlichen Grundvermögenssteuer umzuliegen.
2. Die Umlage hat nach dem Verhältnis der reinen Friedensmieten auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art zu erfolgen. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die gesetzliche Miete gezahlt wird, oder die nicht vermietet sind.

Berlin, den 30. Mai 1930.

Das Preußische Staatsministerium.

des Vizepräsidenten.

116 | 11 297 II. Ang. 33. M.

Neues in Kürze.

* Den Auftakt zu den Befreiungsfeierlichkeiten im Rheinland bildet die Anwesenheit des Reichspräsidenten in Speyer, der von der Bevölkerung jubelnd begrüßt wurde.

* Der Wahlkampf hat infolgedessen schon begonnen, als alle Parteien bereits mit ihren Wählern an die Öffentlichkeit getreten sind.

* Vom preussischen Staatsministerium wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit eine Anordnung über den Gebrauch von Fieser- und Stiefmännchen erlassen werden.

* Neben der die Forderung der Saarebeviöderung mit Bezug auf die Uebelkumunde die Wählungsgruppe nicht erfüllt worden. Sie wird immer noch mit 250 Mann weiter bestehen bleiben.

Preispolitik

und Arbeitsbeschaffungsprogramm.

„Wird es billiger werden?“ Das ist die bange Frage, die sich in der letzten Zeit so mancher Wirtschaftslieferer, aber auch mancher Lohnempfänger, dessen Wohlstand durch Steuern und Preissteigerungen immer neue Kürzungen erfährt, vorgelegt haben mag. Mit dem Deputatenscheckspruch, der Preisabbau nach Lohnwertminderung, wurde ein erster Anfang gemacht. Welche Möglichkeiten, die Aktion vorwärtszutreiben? Davon soll in folgendem die Rede sein.

Das Arbeitslosienproblem ist gleichbedeutend mit dem Preisproblem. Gelingt es, das Preisniveau zu senken, so tritt damit automatisch eine Erhöhung der Nachfrage nach Waren ein und damit eine Erweiterung der Beschäftigung in der Wirtschaft. Nun ist es selbstverständlich, daß wir keine vom Ausland isolierte Preispolitik treiben können, hängen wir doch in dem Besonderen der wichtigsten Rohstoffe vom Weltmarkt und seinen Preisen ab. Löhne, Steuern, Kapitalkosten usw. tun dann das ihrige, um die Preisgröße bei uns endgültig zu bestimmen.

Die Lage des internationalen Marktes für wichtige Rohstoffe steht gegenwärtig im Zeichen einer außerordentlichen Preisentwicklung. Für Textilrohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Rohseide, Jute sind die Preise ganz erheblich, zum Teil in einem räumlichen Ausmaß zurückgegangen. Dasselbe trifft zu für Häute und Gummi. Ebenfalls erhebliche Preisrückgänge finden sich bei Eisen, Stahl und sonstigen Metallen wie Kupfer, Zinn und Zink. Dieser Preisrückgang kommt deutlich und klar in der Entwicklung des deutschen Großhandelspreisesindex zum Ausdruck. Der Index für den Großhandelspreis von Rohstoffen und halbfertigen Waren ging ununterbrochen von 128,3 (1913 = 100) im Januar d. J. auf 120 am 9. Juli zurück. Letztweise sind die Preise erheblich unter den Preisstand von 1913 gesunken. Man hätte nun erwarten müssen, daß angesichts des drängenden Währungsproblems die industriellen Wertigkeiten dieser Erleidi-

terung auf dem Rohstoffmarkt gefolgt wären durch eine mindestens entsprechende Preisentwicklung. Das ist leider nicht der Fall, wie ein Blick auf die Entwicklung des Großhandelspreises für industrielle Fertigmwaren lehrt. Zwar ist auch hier ein Rückgang von 156 im Januar auf 151 Anfang Juli eingetreten, aber abgesehen davon, daß die Verbilligung der Rohstoffe nur bedingt in diesem Preisrückgang zum Ausdruck kommt, hat sich seit Mai das Tempo des industriellen Preisrückganges sehr verlangsamt, und in den letzten Monaten hat die Preisbewegung überhaupt aufgehört. Das ist ein Zustand, den man im Interesse der gesamten Wirtschaft nur auf das äußerste beklagen kann.

Die Starrheit der Preisbildung steht in einem immer bedrohlicher werdenden Gegensatz zu der steigenden Arbeitslosigkeit. Die Preise darf nicht zu senken, wo Voraussetzungen für einen Preisabbau durchaus gegeben sind, kann nicht als kluge, voraussetzende Wirtschaftspolitik angesehen werden. Was man durch hartnäckiges Festhalten an den alten Preisen zu gewinnen glaubt, verwanbelt sich in Wirklichkeit in schweren Verlust.

Gelingt es nicht, die Arbeitslosigkeit durch Vebelung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf natürlichem Wege zu vermindern, so müssen durch Erhöhung der Steuerlast der öffentlichen Körperlichkeiten die zum Unterhalt der Millionen erforderlichen Mittel beschafft werden. Was man also am Preisstand auf der einen Seite als Plus glaubt buchen zu können, geht um einen höheren Betrag an zusätzlicher fiskalischer Belastung auf der anderen Seite wieder hinaus. Dazu gefügt ist aber die wachsende politische und wirtschaftliche Anruhe, die das Geschäftsvertrauen drinnen und draußen schwächt und auftragshemmend wirkt. Gerade die Kreise, welche die kapitalistische Wirtschaftsweise als die ergebnisreichste und billige loben und vertreten, scheinen sich ins eigene Fleisch, wenn sie nicht dafür sorgen, daß zur Entpangung der bedrückten Wirtschaftslage das unbedingt Mögliche und Notwendige auch getan wird. Man sollte nicht nur immer fordern, daß andere etwas tun. Man muß auch selbst das Seine zur Lösung der schicksalsschweren Probleme, die uns bedrängen, beitragen.

Von der Reichsregierung muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß sie sich für den Konumenten stellt und unter Anwendung ihres ganzen moralischen und verwaltungsmäßigen Einflusses dafür sorgt, daß ungezügeltere Preisforderungen mit allen Mitteln bekämpft werden. Eine gute Handhilfe bietet u. a. zweifellos das in Aussicht genommene Arbeitsbeschaffungsprogramm, das seinen Sinn und Wert verlieren würde, wenn es nicht zur Durchführung möglicher Preisentzungen benutzt würde.

Reichstag aufgelöst.

Sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen angenommen.

Berlin, 18. Juli.

Präsident Eöbe eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Am Regierungstisch haben Reichstagspräsident Dr. Brüning und die übrigen Minister Platz genommen. Ueber dem ganzen Hause liegt eine große Spannung.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Beratung der Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der Notverordnungen. Verbunden damit sind die Mißtrauensanträge der gleichen Parteien.

Abg. Landsberg (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Aufhebungsantrag. Er betont die Unmöglichkeit und Angewissenheit dieser Notverordnungen. In juristischen Darlegungen lädt der Redner darzulegen, daß Artikel 48 niemals zur Begründung solcher Verordnungen herangezogen werden könne, wie sie das Kabinett Brüning erlassen hat.

Inzwischen ist ein Antrag der Wirtschaftspartei eingegangen, die Notverordnung über die Schantverzeherungen aufzuheben.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

der nun das Wort nimmt, wird von den Einlen mit Zurufen empfangen: Der Feind steht rechts! Wo steht der Feind? Ein feiner Reichsbannerkamerad! Der Minister erklärt, daß er mit dem Abg. Landsberg die Schwere dieser Stunde fühle. Er könne sich aber nicht des Eindruckes erwehren, daß wenn beide die Sozialdemokraten noch in der Regierung wären, Landsberg keine Maßnahmen auch an seine Freunde hätte richten müssen. Die Frage einer solchen Verordnung habe auch das vorige Kabinett mehr als einmal beschäftigt. (Hört! — Hört!-Rufe.) Die finanzielle Entwidlung sei nach menschlichem Ermessen derart, daß der dem Reichstage vorliegende Haushaltsplan nach seiner Ausgabenseite wahrscheinlich vom Späthier an nicht mehr durchführbar ist.

(Hört! Hört!) Wenn wir uns darüber hinaus in einer Weltwirtschaftskrise befinden, so werden uns dadurch Beruflichkeiten auferlegt, die mir bisher in Deutschland nicht für möglich gehalten hat. Wenn gelangt worden ist, daß die Gemeindefinanzen eine Notverordnung nicht rechtfertigen, so wissen wir doch, daß eine große Zahl von Gemeinden in Kürze nicht mehr in der Lage ist, ihre Wahlführungsgebühren zu leisten. (Stürmische Rufe b. d. Soz. Die Regierung hat ja gar keine Vorlage gemacht!) Wir müssen auch mit Rücksicht auf die Wahlführungsgebühren, zumal eine Mehrheitbildung im Reichstag nicht möglich gewesen ist. (Stürm. Widerspruch b. d. Soz.) Stürzen Sie (nach links) die Regierung oder treiben Sie zur Reichstagsauflösung, dann tun Sie es mit dem Risiko, von der Krise des Parlamentarismus in die Krise des Systems der Demokratie zu gelangen.

Wir übernehmen die volle Verantwortung für die erlassenen Notverordnungen und bezeugen, daß der in der Beratung vorliegende Haushaltsplan.

(Siches links. Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Erklärung der Deutschnationalen.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnat.) gibt für die deutschnationale Fraktion eine Erklärung ab und den heißt: Die Reichsregierung hat der deutschnationalen Fraktion eine Fortsetzung der von ihr vorgeschlagenen Verhandlungen unmöglich gemacht. Sie ist über alle unsere Vorstöße und Warnungen in bezug auf die Steuer- und Wirtschaftspolitik zur Tagesordnung übergegangen.

Aus ihrer Kampfeinstellung gegenüber den Deutschnationalen, deren Verfolgung einer ihrer wesentlichsten Programmpunkte war, hat sie den Art. 48 in einer Frage in Anwendung gebracht, die sie hätte vermeiden können, wenn sie nicht die Steuern in sozialistischen Gedankenengungen machen wollte.

(Stürmische Gelächter links.) Die Deutschnationalen lehnen die Aufhebung neuer, untragbarer Steuerlasten ab, um die Kosten einer verheerenden Außenpolitik und verwerflichen Innenpolitik zu bezahlen. Die Agrarhilfe war wirkungslos, da eine grundsätzliche Veränderung der Handelspolitik nicht daran zu denken war. Die Hilfskräfte zu vertrieben, daß man von einer wirklichen Hilfe im Sinne des Reichspräsidenten nicht mehr reden kann. Die Herrschaft des Marxismus hat den Staat Preußen einen kaum noch verkrafteten Kultursozialismus ausgeliefert und findet immer härteren Ausdruck in der Diktatur, die die Sozialdemokratie in Preußen ausübt.

Wir haben zur Regierung nicht das Vertrauen, daß sie in der Lage ist, dem deutschen Volk in der kommenden Notzeit Führer zu sein.

Abg. Koenen (Komm.) nennt die Vollmacht der Reichsregierung den Beweis für die Unzulänglichkeit dieses Wirtschaftssystems, die durch Danesplan und Youngplan befestigt worden seien.

Reichsfinanzminister Dietrich

sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß mit den Notverordnungen gerade der Feindbegriff gebildet werde, der durch die Arbeitslosenversicherung entstanden sei. Die Maßnahmen der Regierung hätten also den ausgedehnten Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. (Lärm. Zurufe b. d. Komm.) Die Getränkesteuer habe die Regierung eingeführt, weil sie erwarte, daß durch die Kopfsteuer nicht überhand genommen werde. Es sei die Frage aufgeworfen worden, ob die öffentliche Sicherheit und Ordnung tatsächlich gefährdet sei. Sie werde zweifellos in 2 oder 3 Monaten erheblich gelindert sein, wenn die Dinge so weitergehen.

Wenn dann, so ruft der Minister mit erhobener Stimme, Anrufen durch die Stände gehend, wird man bereit sein, diese Dinge mitzumachen.

(Lärm b. d. Komm. — Beifall u. Händeklatschen b. d. Regierungsparteien.) Die Regierung hat den Mittelweg zwischen den extremen Forderungen eingeschlagen. Sie ist ihren Weg gegangen in der Erwartung, daß es noch so viele in diesem Hause gibt, die den Verstand aufbringen für die Notwendigkeiten dieser Zeit. Erneuter Beifall b. d. Regierungsparteien.) Noch ist die Reichstags in Ordnung, und sie wird es auch in den nächsten Monaten sein. Wenn aber nichts geschieht, würde das im Herbst nicht mehr der Fall sein.

Sollen wir uns dann wieder an die Banken wenden, und soll die Gefahr heraufbeschworen werden, daß die Beamten auf ihr Gehalt warten müssen?

Wir sind jetzt an einem kritischen Punkt angekommen. Es ist der Kampf um die Sozialversicherung. Finanziell geht es dann nicht mehr höher. Einrichtigung ist notwendig. In diesem Augenblick müssen wir endlich handeln. Man macht uns den Vorwurf, daß wir die Steuerfragen mit dem Art. 48 erledigen. Wer aber das Chaos im Steuerwesen nicht miterlebt hat, der wird uns das nicht überbelmen. (Beifall Zustimmung b. d. Regierungsparteien.) Die Zahl derer, die die Politik des Reichstages nicht mehr verstehen, wächst. Ein Volk, das Willkürdemokratie für Tabak und Bier ausübt, wird auch dieses Volk im End noch hinfieren können. (Beifall.) Es muß Schluß gemacht werden mit der Arbeitslosenpolitik, um Staatspolitik zu treiben. (Stürm. Beifall b. d. Regierungsparteien. — Lärm b. d. Komm.)

Wesstarp Geologisch für die Regierung.

Abg. Graf v. Westarp gibt im Auftrag einer Anzahl bisheriger deutschnationaler Abgeordneter eine Er-

nahrung ab, in der es heißt: Wir stehen der Regierung Brünning auch weiterhin kritisch gegenüber, glauben aber, in dieser Regierung, die auf vielen Gebieten mit Reformarbeiten begonnen hat, noch eine Frist zur Überwindung in der kurzen Zeit überhaupt nicht zu behebenden wirtschaftlichen Nöten, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiet, einzuräumen zu müssen. Die wirtschaftliche Not erfordert eine stabile Regierung und verdrängt keine neuen Geschäftseröffnungen durch Regierungskrisen und Wahlkämpfe. Wir halten den Erfolg nach verschiedener Geleise, darunter Annahme, Ost- und Westhilfe, für unerlässlich und für berat dringlich, daß wir die sofortige Verabschiedung nicht durch eine Regierungskrise gefährden wollen. Wir werden den vorliegenden Anträgen unsere Zustimmung verweigern. (Beifall 6. d. Regierungspartei.)

Abg. Dr. Scholz (D.R.P.) begrüßt die Erklärung des Grafen Westarp. Mit Recht könne man sagen, daß wir in einem außerordentlich kritischen Augenblick für den Parlamentarismus stehen. Die D.R.P. stelle bewußt in diesem Augenblick härtester Gehalt für Volk und Vaterland alles Negative zurück. Der Redner wendet sich dann an die Deutschnationalen und erklärt, diese Partei habe allen Anlaß, die Regierung Brünning zu unterstützen, da ihre Politik mit den Grundgedanken der Deutschnationalen übereinstimme (Hört! Hört! links).

Abg. M e n e r - Berlin (Dem.) von den Nationalsozialisten mit dem Auf empfangen: „Seine Fehler ohne Weagen“, betont, daß seine Partei alles getan habe, um die Möglichkeiten einer parlamentarischen Erleichterung auszunutzen. Sie habe starke Bedenken gegen die Anwendung des Art. 48 und begrüße es, daß jetzt der Reichstag die Möglichkeit habe, einen Mehrheitsbeschluß zu fassen, und das Vorgehen der Regierung nachträglich zu billigen. Seine Partei werde die Aufhebungsanträge ablehnen und beantragen, die Verordnung über die Gemeindegrenzfesteuerung auf den Ausschuß zu verweisen.

Abg. Dr. von K e u d e l l (Volkstonsrat) behauptet die Befestigung des Abg. Dr. Hoyerhans über die Bewässerung des Dillfließes, die dem widerspreche, was die Deutschnationalen Redner in der Aussprache über dieses Gesetz erklärt haben. Der Redner weist gegenüber der deutschnationalen Ablehnung darauf hin, daß gerade die Deutschnationalen dauernd mit der Parole im Lande herumgezogen seien: mehr Macht dem Reichspräsidenten!

Abg. F e d e r - Sachsen (Nat.-Soz.) erklärt, seine Freunde würden für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen, um damit ihre Gegnerstellung gegen die Innen- und Außenpolitik des Kabinetts zu beenden.

Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmung.

Ueber die Reihenfolge der Abstimmungen entspannt sich eine Geschäftsordnungsansprache. Die Regierungspartei beantragt, zunächst über die Währungsanträge abzustimmen. Vom Reichspräsidenten und der Linken wird dem widersprochen. Mit Hilfe der Stimmen der Deutschnationalen wird aber der Antrag der Regierungspartei angenommen. Unter großer Heftigkeit erklären darauf die Abg. Dittmann (Soz.) und Forger (Komm.), daß sie in dieser Situation ihre Währungsanträge zurückziehen.

Es wird dann zunächst abgestimmt über den sozialdemokratischen Antrag, beide Notverordnungen aufzuheben. Dafür stimmen Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der größte Teil der Deutschnationalen. Der Aufhebungsantrag wurde mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen.

Auflösung des Hauses.

Reichsfinanzler Dr. Brüning erhob sich darauf sofort, um zu erklären, daß er hiermit den Reichstag auflöse.

Von den Kommunisten wurde diese Feststellung mit förmlichen Rufen: Nieder mit Hindenburg! aufgenommen.

Präsident Lobe verließ seinen Platz.

Von den Kommunisten wird die Internationale gesungen. Unter großer Unruhe geht das Haus auseinander.

Das Schicksal der Notverordnungen.

Die Haltung des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Juli.

Die von der Reichsregierung erlassenen Steuernotverordnungen vom 16. Juli werden durch den Aufhebungsbeschluß des Reichstages formell noch nicht außer Kraft gesetzt; es bedarf hierzu noch einer ausdrücklichen Verfügung des Reichspräsidenten.

Es ist jedoch kein Zweifel, daß diese Verfügung ergehen

wird, da der Reichspräsident nach der Verlesung dem Aufhebungsbeschluß des Reichstages stattgeben muß. Die Regierung ist also gezwungen, eine neue Notverordnung mit materiell anderen Steuern, als sie die alten Notverordnungen enthielten, zu erlassen, wenn sie auf der Deckung des Fehlbetrages durch Steuern besteht.

Zu der Abstimmung im Reichstag.

Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Aufhebungsantrag haben im Reichstage 25 deutschnationale Abgeordnete mit den Regierungspartei gegen die Aufhebung der Notverordnungen gestimmt. Es handelt sich um die Abgeordneten Radmann, Bazille, Dingler, Domich, von Dreyer, Franke, Koenig, Kamp, Sarimann, Heschel, Heimer, Jandren, Leopold, Menzel, Oplser, Dr. Philipp, Rodemann, Vogt-Württemberg, Wallraf und Graf Westarp. Die deutschnationalen Abgeordneten von Lettow-Vorbeck und Schulz-Bromberg waren anwesend, haben sich aber an der Abstimmung nicht beteiligt. Ferner fehlten bei den Deutschnationalen die Abgeordneten Koch-Düsseldorfer, Schröder-Biegen, Wiener und Wege.

Mit den Regierungspartei stimmen ferner gegen die Aufhebung der Notverordnungen die kleinen Gruppen Deutsche Bauernpartei, Volksschraube, Deutschnovener und der parteilose Abgeordnete Bruhn. Bei den Sozialdemokraten gab auch der Abgeordnete Hermann Müller, der am Donnerstag wieder erkrankt war, seine Stimme ab.

Wahltermin 14. September festgesetzt.

Das Reichsabinet hat unmittelbar nach der Reichstagsführung zu einer kurzen Sitzung zusammen und setzte die Neuwahlen auf den 14. September fest.

Aufruf der Reichsregierung.

An das deutsche Volk!

Berlin, 20. Juli.

Die Reichsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

Der Reichstag hat die Mittel verweigert, deren das Reich zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf. Die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind von einer geringen Mehrheit abgelehnt worden, die in sich uneinig und zur Übernahme der Verantwortung nicht fähig ist. An das Volk ergeht jetzt der Ruf, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Will das deutsche Volk der Reichsregierung verweigern, was zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtungen nötig ist? Das ist die Frage des 14. September. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Reich, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Reichsregierung: gez. Dr. Brüning, Reichsfinanzler; gez. Dietrich, Stellvertreter des Reichsfinanzlers.

Die Parteien an die Wähler

Die Fraktionen sämtlicher Parteien haben nach der letzten Reichstagsführung nochmals getagt und zum größten Teil bereits Auftrufe an die Wählererschaft erlassen.

Dr. Hugenberg erklärte in der Sitzung der Deutschnationalen Fraktion, der Wahlkampf der Deutschnationalen Partei werde sich vor allem gegen den Marxismus richten.

Von völkstonsrativer Seite wird erklärt, eine Verschmelzung mit den Deutschnationalen sei nicht beabsichtigt. Die verschiedenen Reichsgruppen würden selbständig in den Wahlkampf treten, allerdings durch Ehrenverbündung miteinander verbunden.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei erläßt einen Aufruf, in dem sie sich hinter den Reichspräsidenten von Hindenburg stellt. Will Hindenburg für Deutschlands Rettung, das solle der Wahlkampf der Volkspartei sein.

Das Zentrum betont seinen Willen zu aktiver Mitarbeit. Es gelte, den Kampf aufzunehmen gegen den Radikalismus rechts und links. Um das Volkswohl gegen rücksichtslose Parteierbitterei zu behaupten.

Die Wirtschaftspartei hebt ihre Tätigkeit für den Mittelstand hervor. Ihre Arbeit im Reichstag sei nicht erfolglos gewesen.

Die Demokraten lagen in ihrer Erklärung, das Volk müsse leicht werden, daß es kein Interessenkonflikten,

sondern ein Staatsvolk ist. Es müsse den arbeitsfähigen Reichstag schaffen.

Die Sozialdemokraten hielten eine letzte Fraktionsabstimmung ab, in der Parteivorführer Bels erklärte, die Sozialdemokraten würden sich jetzt an die Waffen des Volkes wenden, um ihnen zu zeigen, daß es sich um die Rechte des Volkes gehandelt habe. Die deutsche Arbeiterkraft werde dafür Sorge tragen, daß die Diktaturflüge nicht in den Himmel wachsen.

Das Zentralkomitee der R.P.D. hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Es gebe nur einen Ausweg aus der Krise und aus den würgenden Fesseln des Junkenpals, und zwar den Sturz des räuberischen Systems der kapitalistischen Ausbeutung, die Zerstörung der schändlichen Diktatur des Finanzkapitals durch den revolutionären Freiheitskampf der arbeitenden Massen in Stadt und Land und die Erringung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem freien sozialistischen Deutschland.

Außerkräftigung der Notverordnungen.

Amlich wird mitgeteilt:

Auf Verlangen des Reichstages in dem Beschlusse vom 18. Juli 1930 werden gemäß Artikel 48, Absatz 3, Satz 2 der Reichsverfassung die folgenden beiden Verordnungen: 1. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 207); 2. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Zulassung einer Gemeindegrenzfesteuerung vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 212) hiermit außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 18. Juli 1930. Der Reichspräsident, gez. von Hindenburg. Der Reichsfinanzler, gez. Dr. Brüning. Der Reichsminister der Finanzen, gez. F. Dietrich.

Hindenburg in der Pfalz.

Die Befreiungsfeier in Speyer.

+ Speyer, 20. Juli.

In Speyer hatte sich eine ungeheure Menschenmenge zur Begrüßung des Reichsoberhauptes am Bahnhof eingefunden. Der Bahnhof prangte in herrlichem Festschmuck. Unter den Klängen des bayerischen Festmarsches und der Hymnen im Zuge vom bayerischen Ministerpräsidenten begleitet. Auf dem Wege zur Gedächtnisfeier begleiteten festliche Hochrufe und der Gesang des Deutschlandliedes das Staatsoberhaupt.

An der Gedächtnisfeier erfolgte dann der Empfang durch Kirchenpräsident Dr. Kehler. Nachdem Bischof Dr. Sebastian den Reichspräsidenten am Domportal begrüßt hatte, folgte eine Besichtigung des Domes.

Auf der Befreiungsfeier im Rathaus entbot der bayerische Ministerpräsident Dr. Held im Namen der Staatsregierung, der Rheinpfalz und ihrer deutschen Bevölkerung den Reichspräsidenten von Hindenburg einen freudigen Willkommensgruß und begrüßte zugleich auch den bayerischen Staatspräsidenten. Dr. Held wies darauf hin, es ist traditionell geworden, daß der Kampf um den Rhein immer in der Pfalz seinen Schwerpunkt habe. Aber der Wille der Pfälzer, unter allen Umständen deutsch zu bleiben, habe sich während der Eroberungswellen gegenüber stets überlegen erwiesen. Der Ministerpräsident sprach die Überzeugung aus, daß der Reichspräsident auch in Zukunft der Pfalz sein Interesse und seine Unterstützung werde angedeihen lassen. Zum Schluß gab er der begeisterten Freude der Pfälzer Bevölkerung über den Besuch des Reichspräsidenten Ausdruck.

In seiner Ansprache erklärte darauf Reichspräsident von Hindenburg, es sei ihm eine besondere Genugtuung, daß er sich mit der Pfälzer Bevölkerung der wiedererlangten Freiheit freuen könne. Bewegten Herzens dankte er allen Männern und Frauen der Pfalz für ihre unerschütterliche Treue und ihr hingebendes Zutrauen. Er schloß mit der Versicherung, das Bestreben aller persönlichen Interessen und Anstrengungen zu sein und alles Trennende zu überbrücken durch die Treue zur Heimat und dem deutschen Volk.

Der Reichspräsident begab sich dann mit den übrigen Herren auf den Balkon des Rathauses und begrüßte die zahlreichere Volksmenge mit den Worten: „Meinen Dank für die Treue der Pfalz habe ich in der Festigung im Rathaus (oben) Ausdruck gegeben. Sie alle bitte ich, stets einig und vereint zu sein dieses herrliche vaterländische Bürgerrecht zu allen Ehren des Tages das Vaterland zu stellen. Dann wird es in uns vorwärts und aufwärts gehen. Mit diesem

gehen, die das zu rufen. Also vorläufig bist du nun wohl doch noch Inge Stern?“

„Ja“, sagte Jutta, „tut es mir zuliebe, es ist nur für ganz kurze Zeit.“

„Allegomacht, Jutta. Aber komm jetzt, wir wollen zur Tafel. Freiz und Papa haben sicher schon einen Waffenhunger.“

Als die zwei Damen in das große schöne Esszimmer kamen, standen Morland und Salbern schon wartend da. „Perzeihen Sie gültig, ich bin schuld daran, daß die Herren warten mußten.“

Die Herren küßten den Damen die Hand.

„Na“, meinte Morland, „auf den Frühling muß man immer warten.“ Er reichte Jutta den Arm, um sie zu Tisch zu führen.

Als die zwei Damen langsam hinterdrein. Sie wechselten einen raschen Blick und Salbern wußte nun, daß Jutta orientiert war. Es war ihm lieb, nun konnte doch ungehindert vom Besuch des Freundes geplatzt werden.

Bald sah man in angelegter Unterhaltung mit Tisch, Morland war heiter und vergnügt. Er war unermüdetlich, die drei jungen Menschen zum Lachen zu reizen.

„Was tun wir eigentlich heute Abend?“ fragte Salbern.

„Wir fahren mit dem Auto nach Rom“, ist Jutta Morland vor.

Ethel fragte Jutta, was sie für den heutigen Abend wünschte.

Jutta sah lächelnd auf. „Ach, wenn ich offen sein soll, es ist so herrlich hier, daß ich am liebsten hierbleiben würde.“

„Was machst du.“

Morland meinte: „Können wir ja, können wir ja. Aber dann bitte ich untertänigst um ein Lieb.“

„Wenn wir Frühlein Nacht nicht zu sehr ermüden, lie müß ich doch noch von der Seite erholen“, sagte Salbern.

Jutta schloß sich mit einem lieben Lächeln den Kopf. Sie neigt, das erwiderte mich ganz nicht, wenn ich Ihnen damit eine Freude machen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Seine blinde Frau

Originalroman von Geri Rothberg.

60. Fortsetzung

Rachdruck verboten

Da rief Ethels liebe Stimme fröhlich von der Tür her: „Na, Jutta, siehst du dich aber fein gemacht, ich staune einfach.“

Jutta erwiderte: „Ach, weißt du, es geht sich doch, wenn ihr mich so herzlich aufnehmt, daß ich mich dann ein wenig für Euch schäme.“

Sie hatte sich mit dem Hüden nach dem Tischchen mit dem Wein gestellt.

Ethel von Salbern aber hatte es wohl gesehen und streifte nun die Freundin mitleidig: „Armes Kleines“, dachte sie, „du siehst ihn mehr als je.“

Sie legte Jutta den Arm um die Schultern. Sie wollte ihr lieber gleich jetzt sagen, daß Karl Heinz sein Kommen für Dienstag angemeldet hatte. Da blieb Jutta noch genötigt Zeit, sich zu fassen und sich auf das Wiedersehen mit dem Gatten vorzubereiten.

„Liebe Jutta, ich muß dir jetzt etwas sagen, was dir nahegehen wird. Komm, wir wollen uns setzen.“

Mechanisch nahm Jutta in einem Sessel Platz.

Ethel setzte sich ihr gegenüber. „Gag, Jutta, wer glaubst du wohl, wird aus Deutschland zu uns kommen, um Wubi mit aus der Taufe zu heben?“

Juttas Herzschlag löste aus. Ganz blaß wurde ihr Gesichtchen. „Wer?“ flüsterte sie mit zitternden Lippen.

„Karl Heinz kommt hierher“, sagte Ethel. „Mein Mann zeichne mit seinen das Telegramm.“

„Oh kann ich dir nicht sehen“, stieß Jutta hervor. „Bitte, laß mich wieder abhören.“

Da nahm Ethel mit festem Druck Juttas Hände in die ihren. „Bitte, sei einmal ganz ruhig und höre mich an.“

Sie sprach nun lange Zeit leise auf die atemlos Lauende ein.

„Du kannst dir also nach dem Vorgefallenen ganz genau denken, daß Karl Heinz gar nicht daran denkt, einer solchen Frau nachzutreten. Sie ist tot, leidet sie ihr die Erde. Sie mag in Frieden schlafen, jedoch zwischen dir und Karl Heinz darf die Fete nicht länger stehen. Darum habe ich dir das alles gesagt. Und nun, Jutta, sei vernünftig. Du kannst doch jetzt, wo du gesund bist, dich nicht immer vor deinem Gatten verborgen halten. Er hat das Recht, nach dir zu sehen, deinen Aufenthalt zu wissen. Selbst wenn ihr Euch nicht finden sollt, so müßt ihr Euch einmal aussprechen. Du bist nicht mehr blind, sondern du bist schön und gesund und du bist die Gattin des eleganten, begehrten Ethingens. Was dich den Leuten zur rechten Zeit als Frau von Ethingen bemerkbar und laß ihn nicht länger allein. Das kann dir doch nicht fehlen sein, wenn andere Frauen ihn an sich locken. Willst du denn gar nicht eifersüchtig, kleine Jutta? Männer läßt man nicht allein und einen Mann wie Ethingen gleich gar nicht. Sei mir nicht böse, aber ich müßte dir das sagen, denn du hast niemand. Frühlein Obenberg sorgt für dich und behütet dich, ob sie aber für dein Herz als Begleiterin in Frage kommt, bezweifle ich. Ich aber will dein Glück, denn du sollst glücklich werden, wie ich es bin.“

Jutta hatte mit großen Augen die Freundin während deren Worten angesehen. Ein furchtbares Gefühl ergriff sie plötzlich in ihr. Die Freundin hatte recht, tausendmal recht. Es war nicht der Mann, der Frauen auf die Dauer meiden würde. Sollte sie warten, bis ihn wieder eine andere festsetzte? Jutta wurde es ganz heiß. Sie nahm die Hand der Freundin in die ihre.

„Ethel, ich danke dir. Ich habe mich sehr dumm benommen. Auch mein Rechtsbeistand schrieb mir, ich müßte endlich mit meinem Mann in Verbindung treten. Karl Heinz ist bei ihm gewesen und wollte dardaus meinen Aufenthalt wissen. Der alte Herr durfte ja nichts verraten, denn er hätte Instruktion von mir. Aber er riet mir bringend, meinem Mann zu schreiben.“

Ethel hand auf. „Siehst du, Jutta, der Mann hat recht

Zur Frage der Arbeitswiederaufnahme bei Manufaktur
Wien. Die Frage der Arbeitswiederaufnahme bei der Manufaktur ist, entgegen anderslautenden Gerüchten noch nicht entschieden. Während die preussische Regierung wie inoffiziell verlautet, ihre Zustimmung zur Subventionierung erklärt hat, sollen in den Verhandlungen mit dem Reich einige Schwierigkeiten aufgetreten sein, und zwar hinsichtlich der Durchführung der Subventionen.

Schwere Unwettererfahrungen im Kreise Liebenwerda
Mittdenberg. Ein wolkenbrudartiges Unwetter, das mehrere Stunden lang über den Kreis Liebenwerda niederging, richtete in dem industriellen Osten des Kreises erhebliche Verwüstungen an. In Friedriehshagen (Liesebau) standen die Straßen meterhoch unter Wasser. Eine dort befindliche Glasfabrik geriet völlig unter Wasser und mußte stillgelegt werden. Es wird auch für längere Zeit nicht arbeiten können. 120 Arbeitslose sind eingeklagt worden, um die Wasserflächen abzulassen und die Straßen wiederherzustellen. In den Betrieben der Fabrik mußten 300 Arbeiter in die Keller evakuiert werden, da die Kellerbännen durch Sand- und Wasserfluten verstopft waren. Auch hier wird eifrig daran gearbeitet, die Schäden zu beseitigen. An der Friedriehshagen Grube führte infolge Unterstützung der Arbeiter ein Abraumabgänger ab. Menschenleben sind nirgends zu Schaden gekommen. Für die Landwirtschaft ist allerdings dieser harte Regen unerfreulich, da die wochenlange Trockenheit für sie sich verhängnisvoll ausgewirkt hatte.

Kampf zwischen Einbrecher und Volkspolizei
Wilmersdorf. Am frühen Morgen des 17. Juli wurde ein Einbruch in der Wohnung eines Einbrechers bei einem Einbruch überfallen, angegriffen. Er erhielt einen Brustschuß und einen Armschuß. Der Einbrecher ist durch Kopfschüsse und wahrscheinlich auch durch einen Schuß verletzt worden, im Handgelenk aber entkommen. Die Schußwaffe konnte dem Einbrecher entzogen werden. Es handelt sich um einen gewissen Max Reichelt aus Dresden. Er ist etwa 27 bis 30 Jahre alt, 1,65 m groß, hat blondes Haar, volles Gesicht und etwas vorstehende Backen. Er trägt einen blauen Anzug. An seiner Begleitung befand sich die 17 Jahre alte Gertrud F. aus Subl. Beide hatten vor dem Zusammenstoß mit den Volkspolizisten bereits einen Einbruch in die Herberger in Kaplo ausgeführt, wo sich Reichelt die dort hinterlegten Papiere von 44 Personen aneignerte. Der zweite Einbruch verübte sie dann bei einem Kaufmann. Dort hat Reichelt neben Bargeld eine goldene Damenarmbanduhr mit schwarzem Band und drei silberne Halsketten erbeutet. Die F. konnte festgenommen werden und befindet sich in Kaplo in Haft. Nach Reichelt wird gedacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben muß.

Schweres Unwetter über Berlin.
Überall Ueberflutungen.

Berlin, 20. Juli.
Ueber Berlin tobte ein Unwetter, das eines der schwersten seit vielen Jahrzehnten ist. Der Landregen wuchs zu einem wahren Wolkenbruch an, der, von starkem Sturm begleitet, mit unerminderter Wucht eine ganze Nacht über anhielt. Aus allen Teilen der Stadt wurden Wassererfahrungen, Ueberflutungen und sonstige Wasserbeschäden gemeldet.

Die Kanalslässe der Kanalisation mußten geöffnet werden, trotzdem war an vielen Stellen ein ausreichender Abfluß der Wassermengen nicht zu erreichen. Die Feuerwehr wurde zahllose Male zum Abspumpen vollgelaufener Keller und ähnlicher Schäden herbeigerufen.

Die Niederschlagshöhe in der Reichshauptstadt ist die drittgrößte, die an einem Tage seit dem Jahre 1848 hier gefallen ist. In Berlin-Dahlem wurden bis zum frühen Morgen sogar 61 Millimeter Niederschlag gemessen.

Das Unwetter hat auch ein Menschenleben gefordert.
 Der Hauswart eines Hauses in Wilmersdorf begab sich in der Nacht in den Keller, um nach dem Rechten zu sehen. Als er den Kellerraum, in dem sich große Wassermassen angesammelt hatten, betrat, erhielt er bei dem Versuch, das elektrische Licht einzuschalten, einen elektrischen Schlag, fürzige bewußtlos zu werden und verstarb. Durch das in den Keller eingedrungen Wasser hatte die Leitung Erdfluß bekommen.

Selbstmord im Schmelzofen

Meuselwitz. Auf schreckliche Weise hat der Direktor der Meuselwitzer Eisengießerei, Defar Wöhld, seinen Leben ein Ende gemacht. In einem unobdachteten Augenblick stürzte er sich während eines Ganges durch die Gießerei in einen mit siedendem Eisen gefüllten Schmelzofen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Direktor Wöhld hatte vor einigen Jahren einen Schlaganfall erlitten, von dessen Folgen er sich nie ganz erholt hatte. Seinen Selbstmord führt man auf einen Nervenzusammenbruch zurück, den er vor einigen Tagen erlitten hatte. Irgegendwoher schwerer Krankheit beim Tode sollen nicht vorliegen.

Wirtschaftlicher Bodenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtpfarrstelle zu Remberg.
 Im Gesamtbild der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich gegen die Besorgnisse nicht geändert. Nach den letzten verfügbaren Angaben des Jahres für Juni ergibt sich ein Anhaltspunkt über den

rund 100 Millionen RM, gegen einen solchen von etwa 250 Millionen RM im Vormonat. Dabei sind die Reparationsleistungen im Werte von rund 52 (1. 2. 79) Mill. RM bereits berücksichtigt. Die Verlebensleistungen werden vom Statistischen Amt „schonmäßige Einflüsse“ angegeben. So erfuhr die „Ausfuhr“ allein eine Abnahme von 187 Millionen RM.
 Die auf den Ertrag des 9. Juli 1930 berechnete amtliche Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes beträgt 124,88, gegen 124,08 in der Vormonat. Zur der Ende der Aprilperiode ist um 2,74 gestiegen, während sich der Index der Industriewaren um 0,86, der der industriellen Rohstoffe und Halbwaren um 0,5 verminderte. Derjenige der industriellen Fertigerwaren betraute auf 150,9.

Der Arbeitsmarkt weist auch Anfang Juli nur eine schwache Entlastung auf. Der Reichsarbeitsminister hat besondere Verträge zur Behebung der Bauarbeiterlosigkeit. Erwidernsmerkt ist, daß die Reichsregierung 3. in Manufakturbetrieben mit Gemeindefischen und Verwertung gewisser Wiederaufnahme der Betriebe — man spricht von einer Jahresproduktion von 6 Mill. RM — verhandelt. Am Geldmarkt war Angebots wegen des Meibis zu etwas erhöhtem Sätzen gelautet. Die Umsätze am Termingeldmarkt sind nicht wie vor gering, Angebot ist zwar vorhanden, jedoch besteht für die Fremdwährungen auch zu steigenden Sätzen kein Interesse.

Die Öffentliche Bauverwaltung der Mitteldeutschen Landesbank hat am 10. 7. 30, an 14 Bauplänen 4 1/2iges Baugeld in Höhe von RM 92000.— ausgeschrieben. Damit sind von den öffentlichen Bauplänen, deren Vergebung erst in diesem Jahre angefangen hat, zu erwarten, 37, Millionen 4 1/2iges Baugeld vergeben werden. Die nächste Zuteilung der Öffentlichen Baupläne der Mitteldeutschen Landesbank findet am 10. Oktober 1930 statt.

Bücher- und Zeitschriftenhan.

Aus deutschem Schrifttum und deutscher Kultur 261./262. Band. Von Irtenen Schmidt. Herausgegeben von der Humboldt der Erlang von Richard Grunth. Preis br. RM.—60, geb. RM. 1.—. Verlag von Julius Bels in Gangesgasse, Berlin, Leipzig.

Unter diesem Titel hat der als Heimatforscher und Heimatgeschichtler bekannte Verfasser eine Sammlung wunderlicher Erzählungen herausgegeben, die ein köstliches Gemisch bilden. Es sind nicht bloße Erzählungen schlechthin, sondern sie tragen als Inhalt und Hintergrund heimatische Sitten, Gebräuche und Sagen. Die Erzählungen geben sie auch wertvolle Ergebnisse und persönliche Erfahrungen in poetischer Form wieder, noch mehr wertvoll. Immer sind diese Erzählungen erfüllt von köstlichem Humor und festem dem Leser von Anfang bis zum Ende.

Die Sammlung eignet sich vortrefflich zum Vorlesen im rezenten Familienkreise wie in friedlicher Gesellschaft. Für die Schule eignet sie eine angenehme Ergänzung der Lektüre des heimatischen wie des Deutschunterrichts. Das Büchlein gehört zu der bekannten Sammlung „Aus deutschem Schrifttum und deutscher Kultur“. Bei einem Umfang von 106 Seiten und liberalem geschmackvoller Ausstattung ist der Preis sehr niedrig gehalten und beträgt lediglich RM.—60, gebunden RM. 1.—. Dem vortrefflichen Gemisch ist die meiste Vorbereitung zu wünschen.

Eintritt frei! **Achtung** Nur 2 Tage!
Hausfrauen, Haushaltungsvorstände
 Wir veranstalten ein
Probe-Waschen
 verbunden mit einem
Washvortrag über die neue Waschmethode
 mit dem
Messing-Wasch-Kompressor
 (ist nicht zu verwechseln mit den bereits geeigneten Bleich- oder Stoff-Apparaten) und kostet
 Vorführungspreis RM. 22.—, Waschewringer RM. 6.—
Die großen Vorteile sind:
 1. Der geringe Anschaffungspreis. 2. Die gesamte Wäsche kann damit gewaschen werden. 3. Sie waschen, bleichen und spülen. 4. Geringer Brennstoffverbrauch und Eisenverbrauch. 5. Kein Kochen, kein Reiben, kein Bürsten, kein Schrubben, die Wäsche zerfressendes Waschmittel ist nicht. Daher 20fache Lebensdauer der Wäsche. 6. Früher: 1 oder 2 Wäschtage, jetzt nur 1 oder 2 Stunden. 7. Spielend leichte Handhabung. 8. Jede Hausfrau kann sich selbst überzeugen.
 Bitte trockene, schmutzige Wäsche, auch Stärkewäsche mitzubringen. Nach 5 Minuten Waschkammer lauber zurück. In dieser Zeit werden 15 Hemden und 40 Handtücher und neben diesem Quantum noch mehrere Duzend Kragen und Taschentücher zugleich gewaschen. Uebertrifft sämtliche bisher vorgeführten Waschapparate. 3 Jahre Garantie b. Materialschaden u. Konstruktionsfehler.
 Bitte kommen Sie, wir werden Sie überzeugen:
 Vorführungen finden statt:
 Am **Dienstag und Mittwoch**, den 22. und 23. Juli, **täglich** abends um 8 Uhr, im **Hotel Palmbaum**.
J. Willems, Luckenwalde
 Karl-Legienstr. Nr. 4
 General-Vertreter der Patentverwertung G. m. b. H.

Einnahmefreie Schattenmorellen verkauft.
H. Schulz, Obstplantage
 Schmiedeburger Straße
Schattenmorellen zu verkaufen
Dübener Straße 22
Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
 1 Los 3.— RM.
Richard Arnold, Buchdruckerei

Prima frisches Hammel- und Rindfleisch frische Flecke
 empfiehlt **K. Krausemann Nachf.**
 Inh. **Heinrich Schneider**
Frisches Rind- und Hammelfleisch
 empfiehlt **Willy Näß**
Frisches Hammelfleisch
 empfiehlt **Ewald Ballmann**
Frisches fettes Rind-, Hammel- und Schweinefleisch
 empfiehlt **Louis Richter**.
 Dabeist **2 prima Färsen**
 zum Verkauf oder Tausch abzugeben.

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
 Dentist.
 Vollst. schmerzlösendes Zahnziehen
 Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
 Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
 Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Lohndruck
 führt aus
Gustav Thiele, Gadiß.

Durch eine **moderne Maschinen-Anlage und gütigen Einkauf** biete ich an
Grabeinfassungen in Beton von 5,— bis 20,— M.
Gartensteine per Stück von 2,50 M. an
Grenzsteine per Stück 90 Pf.
Hohlblöcke per Stück von 35 Pf. an

Dachsteine **Nach eigenen Entwürfen**
Doppelfalzziegel
Terrazzo-Ausführungen
 Wöhlplatten
 Brunnenringe
 Betonbassins
 Betonröhre
 Betonrohre
 Postamentsteine
 Schornsteinaufsätze
 Befeinfassungen in rein weißen u. farbigen Beton
 Betonstufen
 Abdeckplatten
Moderne Maschinenschleiferei für Kunststein und Terrazzo

Justus Kohnert, auf staatlicher Schule ausgebildeter Fachmann
Remberg, Reudener Straße

Neue Kartoffeln
 Gelbflechtige Mäule und Dornblätter Glaue
Fadenlose Grüne Bohnen
 wieder frisch gepflückt,
 fetter
Kohlrabi
Mohrrüben
Weißkohl
Wirsing
Gurken usw.
 empfiehlt preiswert

Hermann Sene
Gartenbaubetrieb.

Kegel- u. Schießpreise in reicher Auswahl empfiehlt **Richard Arnold.**

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Ableben unserer lieben Verstorbenen
Frau Louise Berthold
 sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus.
Die Hinterbliebenen



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Samstags Sonntagsbeilage“ und „Mittwerts Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die befristete Zeitspaltel oder deren Raum 15 Pfg., die befristete Reklamespaltel 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen unentgeltlich. — Bei langfristigen Aufträgen sind besondere Anzeigen und besondere Gebührensübersichten. — Beilagenpreis: 10.— M. Das Zuzahlung, zusätzlich Postgebühr. — Der Anzeigenpreis ist abends vor dem 10. Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 84

Dienstag, den 22. Juli 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 24. Juli, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 18. Juli 1930.
Der Magistrat.

Verordnung über die Regelung der gesetzlichen Miete.

Vom 30. Mai 1930.

Auf Grund des § 22 des Reichsmietengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1928 — RMBl. I S. 38 — sowie der §§ 2 und 8 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1926 — RMBl. I S. 251 — wird für alle Gemeinden, für die keine andere Regelung getroffen wird, mit Wirkung vom 1. Juni 1930 folgendes angeordnet:

1. Der Vermieter ist berechtigt, den Zuschlag, der zur staatlichen Grundveränderungssteuer zugunsten des Staates erhoben wird, in Höhe von 100 Prozent der staatlichen Grundveränderungssteuer umzuliegen.

2. Die Umlage hat nach dem Verhältnis der reinen Friedensmieten auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art zu erfolgen. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die gesetzliche Miete gezahlt wird, oder die nicht vermietet sind.

Berlin, den 30. Mai 1930.

Das Preussische Staatsministerium.

Reg. Direkt. 10.

11 297 II, Ang. 23. 30.

Neues in Kürze.

* Den Auftakt zu den Befreiungsfesten im Rheinland bildete die Anwesenheit des Reichspräsidenten in Speyer, der von der Bevölkerung jubelnd begrüßt wurde.

* Der Wahlkampf hat insofern schon begonnen, als alle Parteien bereits mit ihren Aufrufen an die Öffentlichkeit getreten sind.

* Vom preussischen Staatsministerium wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit eine Notverordnung über den Gebrauch von Fies- und Stiefeln erlassen werden.

* Leider ist die Hoffnung der Saarbevölkerung mit Bezug auf die Heilbesuchende Bahngesellschaft nicht erfüllt worden. Sie wird immer noch mit 250 Mann weiter bestehen bleiben.

Preispolitik und Arbeitsbeschaffungsprogramm.

„Wird es billiger werden?“ Das ist die bange Frage, die sich in der letzten Zeit in mancher Arbeitslosenherde, aber auch mancher Lohnempfänger, dessen Reallohn durch Steuern und Preissteigerungen immer neue Kürzungen erfährt, vorlegt haben mag. Mit dem Deutlicheren Schicksal, der Preisabnahme nach Lohnsenkung verknüpft, wurde ein erster Anfang gemacht. Reichen Möglichkeiten, die Aktion vorwärtszutreiben? Davon soll in folgendem die Rede sein.

Das Arbeitslosenproblem ist gleichbedeutend mit dem Preisproblem. Gelingt es, das Preisniveau zu senken, so tritt damit automatisch eine Erhöhung der Nachfrage nach Waren ein und damit eine Erweiterung der Beschäftigung in der Wirtschaft. Nun ist es selbstverständlich, daß wir keine vom Ausland isolierte Preispolitik treiben können, hängen wir doch in dem Besonderen der wichtigsten Rohstoffe vom Weltmarkt und seinen Preisen ab. Börsen, Steuern, Kapitalzinsen usw. tun dann das ihrige, um die Preisgröße bei uns endgültig zu bestimmen.

Die Lage des internationalen Marktes für wichtige Rohstoffe steht gegenwärtig im Zeichen einer außerordentlichen Preisentfaltung. Für Textilrohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Rohseide, Jute sind die Preise ganz erheblich, zum Teil in einem räumlichen Ausmaß zurückgegangen. Dasselbe trifft zu für Häute und Gummi. Ebenfalls erhebliche Preisrückgänge finden sich bei Eisen, Stahl und sonstigen Metallen wie Kupfer, Zinn und Zink. Dieser Preisrückgang kommt deutlich und klar in der Entwicklung des deutschen Großhandelspreisesindex zum Ausdruck. Der Index für den Großhandelspreis von Rohstoffen und halbfertigen Waren ging ununterbrochen von 128,3 (1913 = 100) im Januar d. J. auf 120 am 9. Juli zurück. Letztweise sind die Preise erheblich unter den Preisstand von 1913 gesunken. Man hätte nun erwarten müssen, daß angesichts des drängenden Arbeitsproblems die industriellen Fertigkeiten dieser Erlei-

terung auf dem Rohstoffmarkt gefolgt wären durch eine mindestens entsprechende Preisentfaltung. Das ist leider nicht der Fall, wie ein Blick auf die Entwicklung des Großhandelsindex für industrielle Fertigkeiten lehrt. Zwar ist auch hier ein Rückgang von 156 im Januar auf 151 Anfang Juli eingetreten, aber abgesehen davon, daß die Verbilligung der Rohstoffe nur bedingt in diesem Preisrückgang zum Ausdruck kommt, hat sich seit Mai das Tempo des industriellen Preisrückganges sehr verlangsamt, und in den letzten Monaten hat die Abwärtsbewegung überhaupt aufgehört. Das ist ein Zustand, den man im Interesse der gesamten Wirtschaft nur auf das äußerste beklagen kann.

Die Starrheit der Preisentfaltung steht in einem imminenzbedrohlichen Gegensatz zu der tiefsten Arbeitslosigkeit. Die Preise dort nicht zu senken, wo Voraussetzungen für einen Preisabbau durchaus gegeben sind, kann nicht als kluge, vorausschauende Wirtschaftspolitik angesehen werden. Was man durch hartnäckiges Festhalten an den alten Preisen zu gewinnen glaubt, verwindet sich in Wirklichkeit in schweren Verlusten.

Gelingt es nicht, die Arbeitslosigkeit durch Verringerung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf natürlichem Wege zu



Präsident Löbe eröffnet die Sitzung am 10. Uhr. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Am Regierungstisch haben Reichstagspräsident Dr. Brüning und die übrigen Minister Platz genommen. Ueber dem ganzen Hause liegt eine große Spannung.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Beratung der Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der Notverordnungen. Verbunden damit sind die Mißtrauensanträge der gleichen Parteien.

Abg. Landsberg (SoG.) begründet den sozialdemokratischen Aufhebungsantrag. Er betont die Unmöglichkeit und Unzulässigkeit dieser Notverordnungen. In wirtschaftlichen Darlegungen tadelt der Redner darzulegen, daß Artikel 48 niemals zur Begründung solcher Verordnungen herangezogen werden könne, wie sie das Kabinett Brüning erlassen hat.

Inzwischen ist ein Antrag der Wirtschaftspartei eingegangen, die Notverordnung über die Schanksteuererhebung aufzuheben.

Reichsinnenminister Dr. Birck

der nun das Wort nimmt, wird von den Linken mit Zurufen empfangen: Der Feind steht rechts! Wo steht der Feind? Ein feiner Reichsbanquetamerad! Der Minister erklärt, daß er mit dem Abg. Landsberg die Schwere dieser Stunde fühle. Er könne sich aber nicht des Eindruckes erwehren, daß, wenn beide die Sozialdemokraten noch in der Regierung wären, Landsberg seine Mahnungen auch an seine Freunde hätte richten müssen. Die Frage einer solchen Notverordnung habe auch das vorige Kabinett nicht mehr als einmal beschäftigt. (Hört! — Hört! — Rufe.)

Die finanzielle Entwicklung sei nach menschlichen Ermessen derart, daß der dem Reichstage vorliegende Haushaltsplan nach seiner Ausgabenseite wahrscheinlich vom Späthjahr an nicht mehr durchführbar ist.

(Hört! Hört!) Wenn wir uns darüber hinaus in einer Weltwirtschaftskrise befinden, so werden uns dadurch Berufschancen eröffnen, die wir bisher in Deutschland nicht für möglich gehalten hat. Wenn gelangt worden ist, daß die Gemeindefinanzen eine Notverordnung nicht rechtfertigen, so wollen wir doch, daß eine große Zahl von Gemeinden in Kürze nicht mehr in der Lage ist, ihre Wohlfahrtsausgaben zu leisten. (Stürmische Rufe b. d. SoG.) Die Regierung hat ja gar keine Vorlage gemacht! Wir müssen auch mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit, handeln, zumal eine Mehrheitsentscheidung im Reichstag nicht gemeldet ist. (Stürmischer Widerspruch b. d. SoG.) Stürzen Sie (nach links) die Regierung oder treiben Sie zur Reichstagsauflösung, dann tun Sie es mit dem Wissen, von der Krise des Parlamentarismus in die Krise des Systems der Demokratie zu gelangen.

Wir übernehmen die volle Verantwortung für die erlassenen Notverordnungen und begehren, daß der in der Beratung verlangte Notstand vorliegt.

(Zischen links, Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Erläuterung der Deutschnationalen.

Abg. Dr. Oberführer (Dnat.) gibt für die deutschnationale Fraktion eine Erklärung ab, in der er heißt: Die Reichsregierung hat der deutschnationalen Fraktion eine Fortsetzung der von ihr vorgeschlagenen Verhandlungen unmöglich gemacht. Sie ist über alle unsere Vorstöße und Mahnungen in bezug auf die Steuer- und Wirtschaftspolitik zur Tagesordnung übergegangen.

Aus ihrer Kampfeinstellung gegenüber den Deutschnationalen, deren Forderung einer ihrer wichtigsten Programmpunkte war, hat sie den Art. 48 in einer Frage in Anwendung gebracht, die sie hätte parlamentarisch erledigen können, wenn sie nicht die Steuern in sozialistischen Gebankengängen machen wollte.

(Stürmische Gelächter links.) Die Deutschnationalen lehnen die Aufhebung neuer, untragbarer Steuererlässe ab, um die Kosten einer verfehlten Außenpolitik und verwerflichen Innenpolitik zu bezahlen. Die Agrarhilfe war wirkungslos, da eine gründlichere Verberung der Handelspolitik nicht dann verbunden war. Die Hilfe ist zu wertvoll, daß man von einer wirklichen Hilfe im Sinne des Reichspräsidenten nicht mehr reden kann. Die Herrschaft des Marxismus hat den Staat Preußen einen kaum noch verkrafteten Kulturbolschewismus ausgeliefert und findet immer härteren Ausdruck in der Diktatur, die die Sozialdemokratie in Preußen ausübt.

Wir haben zur Regierung nicht das Vertrauen, daß sie in der Lage ist, dem deutschen Volk in der kommenden Notzeit Führer zu sein.

Abg. Koesten (Komm.) nennt die Vollmacht der Reichsregierung den Beweis für die Verfallserscheinungen dieses Wirtschaftssystems, die durch Danesplan und Youngplan bestärkt worden seien.

Reichsfinanzminister Dietrich

sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß mit den Notverordnungen gerade der Feindbegriff gebildet werde, der durch die Arbeitslosenversicherung entstanden sei. Die Maßnahmen der Regierung hätten also den ausgesprochen Zweck, den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. (Lärm, Zurufe b. d. Komm.) Die Getränkesteuer habe die Regierung nicht überplant. Es sei die Frage aufgeworfen worden, ob die öffentliche Sicherheit und Ordnung tatsächlich gefährdet sei. Sie werde zweifellos in 2 oder 3 Monaten erheblich gelindert sein, wenn die Dinge so weitergehen.

Wenn dann, so ruft der Minister mit erheblicher Stimme, Urteilen durch die Stände gehen, wird man bereit sein, diese Dinge mitzumachen.

(Lärm b. d. Komm. — Beifall u. Händeklatschen b. d. Regierungsparteien.) Die Regierung hat den Mittelweg zwischen den extremen Forderungen eingehalten. Sie ist ihren Weg gegangen in der Erwartung, daß es noch in die Zukunft hinein gibt, die den Verstand aufbringen für die Notwendigkeiten dieser Zeit. (Erneuter Beifall b. d. Regierungsparteien.) Nach ist die Reichsliste in Ordnung, und sie wird es auch in den nächsten Monaten sein. Wenn aber nichts geschieht, würde das im Herbst nicht mehr der Fall sein.

Sollen wir uns dann wieder an die Banken wenden, und soll die Gefahr heraufbeschworen werden, daß die Beamten auf ihre Gehälter warten müssen?

Wir sind jetzt an einem kritischen Punkt angekommen. Es ist der Kampf um die Sozialversicherung. Finanziell geht es dann nicht mehr höher. Einrückung ist notwendig. In diesem Augenblick müssen wir endlich handeln. Man macht uns den Vorwurf, daß wir die Steuerfragen mit dem Art. 48 erledigen. Wer aber das Chaos im Steuerwesen miterlebt hat, der wird uns das nicht überbelnen. (Beifall u. Zustimmung b. d. Regierungsparteien.) Die Zahl derer, die die Politik des Reichstages nicht mehr verstehen, wächst. Ein Volk, das Milliarden für Tabak und Bier ausgibt, wird auch dieses Volk im Ernst noch kaufen können. (Beifall.) Es muß Schluss gemacht werden mit der Interessenpolitik, um Staatspolitik zu treiben. (Stürmischer Beifall b. d. Regierungsparteien. — Lärm b. d. Komm.)

Weserapps Geheiß gibt die Regierung.

Abg. Graf v. Westarp gibt im Auftrag einer Anzahl bisheriger deutschnationaler Abgeordneter eine Er-